

## Stand und Entwicklung der Beziehung Schweiz-EU auf einen Blick

### Allgemeine Beziehungen Schweiz-EU

- **Rückblick** : Aussagen von BR Couchepin in Linz («Vielleicht ist jetzt auch der richtige Moment gekommen, um in der Schweiz eine öffentliche Debatte über Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft zu führen», 20.03), G20-Gipfel in London (2.04), EU-Steuerkommissar Kovacs fordert Neuverhandlung des Betrugsbekämpfungsabkommens mit der Schweiz und will ein Verhandlungsmandat im EU-Ministerrat beantragen (22.04), die AUNS will die bilateralen Verträge kündigen (25.04), in Island verfügen die Befürworter von EU-Verhandlungen nach den Wahlen über eine Mehrheit (25.04), Fulvio Pelli und Christian Levrat sprechen sich für «umfassende Verhandlungen» mit der EU aus (27.04 und 9.05), die Nebs fordert eine Teilnahme der Schweiz an künftigen Europawahlen (9.05), Besuch des EU-Generaldirektors für Aussenbeziehungen, Eneko Landaburu, in der Schweiz («Wir haben einen Nachbarschaftsstreit, nicht mehr und nicht weniger», 11.05).
- **Voraussichtliche Entwicklungen**: Wahl des neuen Europaparlaments (4.-7.06), Sitzung des Ministerrats für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zum Thema Steuern (9.06), Treffen der OECD-Finanzminister in Berlin (23.06), Treffen von BR Leuthard mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Günter Verheugen (26.06), Beitritts-gesuch von Island zur EU (wahrscheinlich vor dem Sommer), Erneuerung der Europäischen Kommission und Abstimmung in Irland über das zweite Referendum zum Vertrag von Lissabon (Herbst).
- *Kommentar: Auffallend in der aktuellen Weltwirtschaftskrise ist der verstärkte Einsatz von Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Um diesem zu begegnen, müssen Kleinststaaten aktiv das Primat des Rechts verteidigen und zwischenstaatliche und supranationale Strukturen stärken, die ihnen eine Möglichkeit zum Diskutieren und Mitentscheiden bieten. In Europa gibt es zwei Arten von kleinen und mittelgrossen Staaten. Die einen innerhalb der EU, die anderen ausserhalb, mit unterschiedlichem Integrationsgrad. Anstatt gemeinsam für eigene Interessen innerhalb der europäischen Institutionen einzustehen, kämpft jeder für sich selbst. Wenn Staaten wie Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein dem Beispiel Islands folgen und Mitglied der EU werden, erhalten die kleinen und mittleren Staaten in der EU mehr Gewicht. Entsprechend schwierig würde es künftig für die sechs «Grossen», ihren Willen durchzusetzen. Als einzige Alternative bleibt, sich stetig mehr in Abhängigkeit der EU zu bringen.*

### Unternehmensbesteuerung (Freihandelsabkommen von 1972)

- **Aktueller Stand**: vorläufig letzter «Dialog» zur Steuerkontroverse (13.02), EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner wiederholt, dass die Vorschläge der Schweiz für eine Steuerreform in die richtige Richtung gingen, für die EU aber noch ungenügend seien (26.02), die Kantone befürchten finanzielle Einbussen, Swissholdings ruft dazu auf, schnell einen Weg aus dem Steuerstreit, der den Wirtschaftsplatz Schweiz schwer belastet, zu finden (13.05).
- **Nächste Etappen**: Vernehmlassung zur dritten Revision der Unternehmensbesteuerung (voraussichtlich bis zum Sommer)

- *Kommentar: Auch wenn derzeit die Differenzen im Zusammenhang mit der Unternehmensbesteuerung durch die Thematik Bankengeheimnis in den Hintergrund gedrängt werden, sind diese noch nicht beigelegt. Aufgrund des Prinzips des Parallelismus, das durch den Rat der Europäischen Union am 8. Dezember 2008 bestätigt wurde, bleibt dieses offene Dossier Haupthindernis für die Fortsetzung des bilateralen Weges. Bis heute hat sich die EU sehr geduldig gezeigt. Die Reaktion von Brüssel auf das Reformpaket, das aufgrund der Vernehmlassung unterbreitet wird, wird wohl den Ton angeben bei der Weiterführung des «Dialoges».*

### **Zinsbesteuerung (bilaterale Abkommen über die Zinsbesteuerung und den Steuerbetrug, Doppelbesteuerungsabkommen, Revision von europäischen Richtlinien)**

- *Aktueller Stand: Aufgrund des internationalen Druckes hat der Bundesrat beschlossen, die OECD-Standards bei der Amtshilfe in Steuersachen zu übernehmen, was den Informationsaustausch im Einzelfall auf konkrete und begründete Anfrage mit anderen Ländern auszubauen erlaubt (13.03), die G20 nehmen die Schweiz auf die «graue Liste» auf (2.04), in der Schweiz werden Stimmen laut, das Abkommen über die Zinsbesteuerung zu kündigen oder neu zu verhandeln (Darbellay, Brunner, economiesuisse), EU-Steuerkommissar Kovacs fordert die Neuverhandlung des Betrugsbekämpfungs-Abkommens und will ein Verhandlungsmandat im EU-Ministerrat beantragen (22.04), BR Calmy-Rey sieht keinen Grund, das Abkommen neu zu verhandeln (26.04), die europäische Kommission erlässt eine Mitteilung zur Förderung des verantwortungsvollen Handelns («good governance») im Steuerbereich und nennt dabei Massnahmen zum verbesserten Handeln innerhalb der EU sowie Massnahmen, die auf Drittländer wie die Schweiz abzielen (28.04.), die SP und die FDP sprechen sich für umfassende Verhandlungen mit der EU aus (27.04/9.05), die Lega und die Tessiner SVP lancieren eine Volksinitiative, mit der das Bankgeheimnis in der Verfassung verankert werden soll (19.05), der französische Haushaltsminister Eric Woerth warnt, es könne der Schweiz teuer zu stehen kommen, sollte sie tatsächlich das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung verankern (19.05).*
- *Nächste Schritte: Treffen einer neuen Strategiegruppe (Kerngruppe Masterplan), die sich aus Spitzenvertretern der Finanzwelt und der öffentlichen Verwaltung zusammensetzt, um den Finanzplatz Schweiz aus der Defensive zu führen (Ende Mai), der ECOFIN wird sich an seiner Sitzung über die Vorschläge Kovacs über die Amtshilfe, über die Revision der Richtlinie im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen und über ein allfälliges Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz aussprechen (9.06), die OECD wird anlässlich eines Treffens ihrer Finanzminister eine aktualisierte «graue Liste» vorlegen (23.06), G20-Gipfeltreffen (November).*
- *Kommentar: Nachdem der schweizerische Bundesrat angekündigt hat, beim Informationsaustausch bei Steuerdelikten Artikel 26 des OECD-Musterabkommens als Standard zu akzeptieren, weitete die Schweiz zwar ihre Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Staaten bei der Bekämpfung von Steuerdelikten gegenüber heute aus. Eine Alternative zum Steuerrückbehalt gemäss dem Zinsbesteuerungsabkommen ist dies jedoch nicht – die Alternative dazu wäre der automatische Informationsaustausch. Die Mitteilung der europäischen Kommission vom 28.4. zeigt dabei auf, wie sie dabei vorgehen will. Zunächst strebt sie Veränderungen innerhalb der EU an (insbesondere soll die Richtlinie über die Amtshilfe revidiert werden, damit kein Mitgliedstaat mehr mit Berufung auf das Bankgeheimnis die Amtshilfe ablehnen kann, zudem eine Revision der Zinsbesteuerungsrichtlinie, um deren Geltungsbereich auf weitere Zinszahlungen auszudehnen). Parallel dazu will die EU mit Drittländern wie die Schweiz Übereinkommen aushandeln, die Regelungen für verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich enthalten und vergleichbar mit den Bestimmungen zur staatlichen Beihilfe innerhalb der EU sind. Die Schweiz sollte diesem Dokument die nötige Aufmerksamkeit schenken!*

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0201:FIN:DE:PDF>

## Erneuerung des MEDIA-Abkommens und Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG)

- **Rückblick:** Bei den Verhandlungen zur erneuten Teilnahme am MEDIA-Programm für die Periode 2007-2013 hat sich die Schweiz verpflichtet, die Richtlinie «Fernsehen ohne Grenzen» anzuwenden. Das beinhaltet auch, das Herkunftslandprinzip (ähnlich dem «Cassis de Dijon»-Prinzip) zu übernehmen. Eine Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) ist in Bezug auf die Werbung notwendig.
- **Aktueller Stand:** Der Ständerat spricht sich gegen Werbung aus für alkoholische Getränke in Fernsehprogrammen von in- und ausländischer Veranstalter, sofern diese Programme sich eigens an das schweizerische Publikum richten (18.03), die AKP-N folgte dem Ständerat (7.04), Die KVF-N hat mit 15 zu 1 Stimme bei 10 Enthaltungen beschlossen, die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates vorzuziehen, die Alkoholwerbung in allen Programmen ausser bei der SRG vorsieht (19.05)
- **Nächste Entwicklungen:** Der Nationalrat wird am 27.05. das Geschäft beraten. Nach Expertenmeinung ist die Revision des RTVG, wie sie der Ständerat vorsieht, nicht vereinbar mit dem mit der EU abgeschlossenen bilateralen Vertrag. Falls der Nationalrat dem Ständerat folgen sollte, muss befürchtet werden, dass die EU das MEDIA-Abkommen nicht ratifiziert.
- *Kommentar: Die Revision des RTVG, über die der Ständerat abgestimmt hat, basierte auf einer falschen Prämisse. Der Schiedsmechanismus, über den im Rahmen der «Nachverhandlungen» diskutiert wurde ist noch nicht in Kraft. Hierfür wäre ein Beschluss des Gemischten Ausschusses nötig. Jedenfalls ist zuerst die Ratifikation des ursprünglichen MEDIA-Abkommens erforderlich, bevor dieser Mechanismus angerufen werden kann. Für die Ratifikation muss die Revision des RTVG zwingend die Bestimmungen der Richtlinie «Fernsehen ohne Grenze» erfüllen. Anders gesagt: Derzeit existiert kein Mechanismus, wie Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden können. Beschliesst das Schweizer Parlament die Revision gemäss Vorschlag APK-S oder verzichtet es gar auf eine Revision vor der Ratifikation des MEDIA-Abkommens, dann ist die Gefahr gross, dass der Zugang der Schweiz zum MEDIA-Programm in den Jahre 2007-2013 durch die EU verwehrt wird, indem sie das Abkommen mit der Schweiz nicht ratifiziert.*

## Operation Atalanta und Revision vom Art. 69 des Militärgesetzes

- **Rückblick:** 2008 wurde der Bundesrat seitens EU und NATO um Unterstützung der Militäroperation NAVFOR Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias angefragt. An seiner Sitzung vom 22. April 2009 hat der Bundesrat die vorläufige Botschaft für den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung der Operation Atalanta sowie zu einer Revision des Militärgesetzes verabschiedet. Der auf ein Jahr befristete Einsatz von 30 Schweizer AdA im Rahmen der Operation Atalanta soll auf den Schutz von Schiffen des UNO-Welternährungsprogramms sowie zum Schutz schweizerischer Handelsschiffe beschränkt werden und ist somit von den bestehenden gesetzlichen Grundlagen (Art. 69 MG) gedeckt. Gleichzeitig unterbreitet der Bundesrat die Revision von Art. 69 MG, damit künftig die Teilnahme von Schweizer AdA an internationalen Polizeioperationen möglich ist. Mitte Mai 2009 haben hierzu Anhörungen stattgefunden. Der Bundesrat hat beschlossen, auf ein Vernehmlassungsverfahren zu verzichten, was heftig kritisiert wurde.
- **Weitere Entwicklung:** Noch im Mai will der Bundesrat eine Botschaft zu beiden Geschäften (Teilnahme und Militärgesetzrevision) verabschieden. Dem Parlament sollen zwei getrennte Bundesbeschlüsse zur Genehmigung vorgelegt werden. Geplant ist, dass das Parlament in der

Herbstsession im Sonderverfahren über die Geschäfte entscheidet. Frühestens im November 2009 dürften erste Schweizer AdA für die Operation Atalanta im Einsatz stehen (vorausgesetzt, das Parlament stimmt zu).

- *Kommentar: Die Nebs befürwortet sowohl die Schweizer Teilnahme an der Operation Atalanta als auch die Revision des Militärgesetzes. Die Teilnahme von Schweizer AdA an internationalen Militäroperationen wie Atalanta ist ein wichtiger Beitrag unseres Landes an die kollektive Sicherheit Europas. Der Beitrag wird von der Staatengemeinschaft erwartet und ist im Interesse der Schweiz. Eine Nicht-Teilnahme der Schweiz an der Operation Atalanta würde dies dem Ansehen der Schweiz im Ausland schaden.*

## In Kürze

- **Freier Personenverkehr** - Der Bundesrat hat vorläufig beschlossen, die Ventilklausele nicht anzurufen (20.05). Bei einem Besuch in Lausanne hatte EU-Justizkommissar Jacques Barrot zu bedenken gegeben, dass die Anrufung der Schutzklausele ein schädliches Signal sei (15.05). Für die Wiedereinführung von Kontingenten sprachen sich die SVP und die CVP aus, dagegen die Kantone, die Sozialpartner, FDP, SP und die Nebs. Ein vom Seco in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten gelangt zum Schluss, dass die von der Schweiz angewendete 8-Tage-Regel mit dem freien Personenverkehr nicht vereinbar ist und bestätigt somit die dahingehenden Äusserungen der Europäischen Union (vgl. Schlussfolgerung des Rates der Europäischen Union vom 8.12.2008). Zudem tritt das Protokoll II betreffend die Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien am 1. Juni in Kraft (bis 2013 besteht die Möglichkeit der Kontingentierung der Aufenthaltsbewilligungen)
- **Schengen/Dublin** - Das Abkommen von Schengen tritt definitiv und vollumfänglich in Kraft (29.03), das europäische Parlament hat über ein Massnahmenpaket zur Verbesserung des EU-Asylsystems abgestimmt, was eine bessere Verteilung der Antragssteller innerhalb der EU-Mitgliedstaaten erreichen will (7.05), Vernehmlassung zur Umsetzung der Schengener Weiterentwicklung im Bereich des Datenschutzes eröffnet (13.05), der Bundesrat übermittelt die Botschaft zur Anpassung des Waffenrechts ans Parlament (13.05), Ja zu den biometrischen Pässen (50,1%, 17.05) Vernehmlassung zur Übernahme der Rückführungsrichtlinie (05-08.2009)
- **Agrarfreihandelsabkommen und öffentliche Gesundheit** - Der Schweizerische Bauernverband (SBV) wehren sich gegen das Abkommen (10.03), die WAK-N hat das Finanzpaket für die Bauern verworfen (21.04), die Delegiertenversammlung von Bio Suisse beschliesst Mitglied der IGAS, der Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz, zu bleiben (22.04), die SVP drängt auf sofortigen Abbruch der Verhandlungen (11.05), Swissporc sagt «ja, aber» (13.05), der Nationalrat stimmt über das Landwirtschaftsgesetz ab (26.05), neue Verhandlungsrunde (Ende Mai).
- **24-Stunden-Regel (Güterverkehrsabkommen)** - Der Bundesrat hat Änderungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr gutgeheissen und die Unterzeichnung des angepassten Güterverkehrsabkommens beschlossen (13.05), Beratung in den APKs und provisorisches Inkrafttreten am 1.7.2009.
- **Beitrittsgesuch** – Die Frage über den Rückzug des Beitrittsgesuches zur EU wird in der Sommersession ein weiteres Mal dem Nationalrat vorgelegt (06.303 Kt.IV. SZ). Der SR hat der Initiative im März 2007 keine Folge gegeben. Die APK-N beantragt dem NR mit 12 zu 9 Stimmen der Initiative keine Folge zu geben (4.5.2007), die Schwyzer Kantonsinitiative wird dem NR am 10. Juni unterbreitet.

- **REACH** - In der Frühlingsession reichte Nationalrätin Tiana Angelina Moser zusammen mit 34 Mitunterzeichnenden eine Motion zur Aufnahme von Verhandlungen zu einem Chemieabkommen mit der EU (09.3280) ein. Exploratorische Gespräche über die Beteiligung der Schweiz an der europäischen Agentur für chemische Produkte (ECHA) wurden aufgenommen (19.05). Die schweizerischen Unternehmen leiden in mehrfacher Hinsicht unter der Nichtmitgliedschaft der Schweiz, namentlich im Bereich der Reexporte (cf. Agefi, 20.05). Die Schweiz erwartet schwierige Verhandlungen, einerseits aus institutionellen Gründen, andererseits infolge des Parallelismus-Doktrin der EU.
- **Strom** - Die Verhandlungen setzten sich fort. Angesichts der raschen Entwicklung des Gemeinschaftsrechts kann nicht ausgeschlossen werden, dass neue Verhandlungsmandate übernommen werden müssen
- **Bildung** - Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz an den europäischen Bildungsprogrammen „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“.